

Stellungnahme der Stadt Eltern Dortmund zur Einführung eines Schulfachs „Wirtschaft“ vom 15.12.2018

Das Schulfach „Wirtschaft“ soll in Nordrhein-Westfalen zunächst an Realschulen eingeführt werden. An Gesamtschulen und Gymnasien wird das Unterrichtsfach in der Sekundarstufe I in „Wirtschaft-Politik“ umbenannt. In der gymnasialen Oberstufe soll der Lernbereich „Wirtschaft“ im Integrationsfach „Sozialwissenschaften“ ausgebaut werden. Immerhin, das Integrationsfach wird nicht abgeschafft. Denn gesellschaftliche Probleme und Lebenssituationen, die ökonomisch geprägt sind, ohne ihre politische und soziale Dimension zu thematisieren, wäre unverantwortlich den Schülerinnen und Schülern gegenüber.

Die neue Fachbezeichnung „Wirtschaft-Politik“ für die Sekundarstufe I kündigt jedoch eine deutliche Verschiebung der inhaltlichen Schwerpunkte bereits an, die dem ganzheitlichen Charakter gesellschaftlicher Bildung nicht gerecht würde.

Es ist zu befürchten, dass mit den neuen Lehrplänen die politischen und sozialen Themen an Schulen noch weiter an den Rand gedrängt werden. Zur Erinnerung, bereits heute umfasst der Inhalt „Berufsorientierung“ mehr Lernzeit an Schulen als alle politisch-sozialen Themen insgesamt!

Dagegen fordern Schülerinnen und Schüler und Eltern mehr politische Bildung. Sind die Lernbedürfnisse der Schülerinnen und Schüler, die in gesellschaftlich unruhigen Zeiten mehr politisches und soziales Orientierungs- und Reflexionswissen wünschen, ohne Bedeutung?

Im Regierungsprogramm der CDU nach der Landtagswahl wird ausgeführt:

„Wir setzen uns dafür ein, dass in allen Schulformen verstärkt über unseren Staatsaufbau, die Grundwerte und Rechte in unserer Demokratie aufgeklärt wird. Demokratie braucht mündige Bürgerinnen und Bürger, die unsere Grundwerte leben.“ (S. 54).

Politische Bildung ist in der Landesverfassung des Landes Nordrhein-Westfalen explizit als Bildungsauftrag verankert. Diese besondere Stellung des Lernbereichs erfolgte unter dem Eindruck der nationalsozialistischen Diktatur. Gegenwärtig erleben wir erneut eine Erosion der Zustimmungswerte zur Demokratie, wachsenden rechten Populismus in der Mitte der Gesellschaft, die Gefahr des Terrorismus und eine zunehmende gesellschaftliche Spaltung. Angesichts des digitalen Wandels und der hiermit einhergehenden Umbrüche auf den Arbeitsmärkten und in der Gesellschaft insgesamt werden sich diese Entwicklungen noch verschärfen. Hierauf reagierend fordern derzeit Politikerinnen und Politiker aller Parteien mehr politisch-demokratische Bildung an Schulen.

Diese wünschen sich auch die Eltern, ein separates Schulfach Wirtschaft wäre dabei nicht hilfreich. Es fungiert gemäß Prof. Dr. Hedtke, Uni Bielefeld, als bildungspolitisches Symbol für die Ablehnung des Primats der Politik. Man gründet ein autonomes, disziplinär abgeschottetes Schulfach, das die Eigengesetzlichkeit der Wirtschaft und den Autonomieanspruch wirtschaftlicher Akteure gegenüber demokratischer Politik verkörpert. Man nimmt allein den Bereich Wirtschaft aus dem Schulfach heraus, das sich üblicherweise mit Politik, Gesellschaft, Wirtschaft und Recht auseinandersetzt.

Der gesamte nicht-ökonomische Rest bleibt irgendwo, wo und wie ist nachrangig, sicher scheint nur, dass er zu Gunsten von Wirtschaft deutlich schrumpfen muss. Das aber spricht niemand offen aus. So emanzipiert sich „Wirtschaft“ auch in der Stundentafel der Schulen vom Anspruch, sie gesellschaftlich und politisch einzubetten und zu kontrollieren. Gleich in mehrfacher Hinsicht ginge „Wirtschaft“ dann zu Lasten von „Politik“.